

Antrag an die Politik:

Kostenstruktur der Riesterprodukte grundlegend reformieren

Knapp 20 Jahre nach der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung von 2001, die die Einführung der Riesterrente 2002 zur Folge hatte, halten die bestehenden Riesterprodukte nicht, was sie versprochen. In vielen Fällen zehren sich die staatlichen Zulagen von den Kosten der Verträge auf, was speziell bei jungen Müttern nicht die gewünschte, eigenständige Altersvorsorge ermöglicht. Die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgt zunehmend dafür, dass die Verbraucher*innen keine Überschüsse mehr erwirtschaften. Zugeständnisse der Politik an die Lobbyisten der Banken, Bausparkassen und Versicherungen machen die notwendige Förderung von zusätzlicher Altersvorsorge zunehmend unattraktiv.

Der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. fordert:

- 1. Ein einheitliches Riesterprodukt mit geringen Kosten und dadurch höheren Ertragschancen.**
- 2. Die staatliche Überwachung der Anlagestrategie und der Kosten sowie eine Umsetzung durch die Deutsche Rentenversicherung.**

Begründung:

Rund 16 Millionen Riesterverträge wurden seit Einführung der Förderung abgeschlossen. Der Großteil davon als Rentenversicherungsverträge mit klassischer Garantieverzinsung oder fondsgebundener Anlage. Diese Verträge weisen zumeist hohe Abschlusskosten und laufende Kosten von über zwei Prozent aus. Die 2008 eingeführte Wohn-Riesterförderung gewann in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Marktanteile, dient aber nur in wenigen Ausnahmefällen tatsächlich der Schaffung von Wohneigentum. Vielmehr erfolgt hier die staatliche Subventionierung eines Produkts, das sich durch eine hohe Abschlussgebühr und niedrige

Verzinsung auszeichnet. Die kostengünstigen Banksparpläne haben die meisten Kreditinstitute schlichtweg aus dem Programm genommen. Durch die Absenkung des Garantiezinses bei klassischen Rentenversicherungsprodukten erscheint auch dieses Anlageprodukt nachhaltig geschwächt.

Um das sinkende Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung auszugleichen und der wachsenden Altersarmut entgegenzuwirken, bedarf es eines verständlichen, kostengünstigen und rentablen Kapitalanlageprodukts. Die Finanz- und Versicherungswirtschaft scheint an dieser Forderung in den vergangenen 18 Jahren gescheitert zu sein. Daher fordert der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. die Schaffung eines echten Alternativprodukts unter staatlicher Aufsicht und Umsetzung durch die Deutsche Rentenversicherung, mit jährlichen Kosten, die nicht über ein Prozent betragen. Je nach Anlagewunsch der Verbraucher*innen und einer Laufzeit bis zum Renteneintritt, sollte die Möglichkeit bestehen, aus Aktien- und Anleihen-ETFs wählen zu können. Bei einem derartigen Produkt empfiehlt es sich, den Übergang in die Rentenphase flexibler zu gestalten, indem die Anbieter die Kapitalentnahme zum Ausgleich von Abschlägen ermöglichen.